

Satzung zur Beteiligung der Einwohner*innen der Gemeinde Am Mellensee

(Einwohner*innenbeteiligungssatzung)

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee hat auf Grundlage § 28 Abs. 1 Ziffer 2 der der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, Nr. 19, S.286), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I/20, Nr. 38, S. 2), und § 3 der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 20.04.2021 hat in ihrer Sitzung am folgende Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Gemeinde (Einwohner*innenbeteiligungssatzung – EbetS) beschlossen:

I. Einwohnerbeteiligung

§ 1 Anwendungsbereich

- (1) Für die in der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 20.04.2021, aufgeführten Formen der Einwohner*innenbeteiligung werden nachfolgend die Einzelheiten bestimmt.
- (2) Einwohner*innen im Sinne dieser Satzung sind alle Personen, die einen Wohnsitz in der Gemeinde am Mellensee haben.
- (3) Die Regelungen zum Einwohner*innenantrag (§ 14 BbgKVerf) sowie zum Bürger*innenbegehren/ Bürger*innenentscheid (§ 15 BbgKVerf) bleiben hiervon unberührt.

§ 2 Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner*innen

(§ 4 der Hauptsatzung)

- (1) Die Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner*innen dienen deren Meinungsbildung und der Willensbildung.
- (2) Die Beschränkung der Unterrichtung oder der Beteiligung auf Teile der Einwohnerschaft ist statthaft.
- (3) Die Unterrichtung der Einwohner*innen ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

§ 3 Einwohner*innenfragestunde

(§ 4 Abs. 1 Nr. 1 der Hauptsatzung)

- (1) In den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse sind alle Einwohner*innen berechtigt, Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderer Angelegenheiten der Gemeinde an die/den Bürgermeister*in und/oder die / den Vorsitzende(n) zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Die / Der Vorsitzende hat die Identität der fragenden Person festzustellen.
- (2) Ausgeschlossen von Abs. 1 sind juristische Personen.

- (3) Die Dauer der Einwohner*innenfragestunde beträgt 30 Minuten. Jede/r Einwohner*in hat das Recht, sich zu drei Themen zu Wort zu melden. Die Redezeit soll drei Minuten nicht überschreiten.
- (4) Die Fragen sind mündlich oder schriftlich zu beantworten. Zuständig für die Beantwortung ist die/der Bürgermeister*in oder die/der Vorsitzende der Gemeindevertretung bzw. des jeweiligen Ausschusses.

§ 4 Einwohner*innenversammlung

(§ 4 Abs. 1 Nr. 2 der Hauptsatzung)

- (1) Die Einwohner*innenversammlung dient dem Ziel, die Einwohnerschaft über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde oder eines Ortsteils zu informieren und der Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung eine gewisse Orientierung über die Haltung der Einwohner*innen zu diesen Angelegenheiten zu geben. Sie wird durch die/den Bürgermeister*in oder die Gemeindevertretung initiiert.
- (2) Eine Einwohner*innenversammlung ist ebenfalls durchzuführen, wenn der/dem Bürgermeister*in ein schriftlichen Antrag der Einwohnerschaft vorliegt, der die zu erörternde Gemeindeangelegenheit bezeichnet und mindestens 5 von Hundert Unterschriften der Einwohner*innen der Gemeinde bzw. - handelt es sich um eine nur einen Ortsteil betreffende Angelegenheit - des Ortsteiles unter Angabe von Name, Vorname und Anschrift beigefügt sind. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten zwölf Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohner*innenversammlung waren und muss innerhalb einer Frist von 6 Monaten behandelt werden. Ist die Behandlung innerhalb einer Frist von 2 Monaten nicht möglich, so ist eine Zwischenmitteilung unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Terminierung zu erteilen.
- (3) Die Einwohner*innenversammlung kann auf bestimmte Einwohner*innen begrenzt werden. Die Entscheidung obliegt der Gemeindevertretung.
- (4) Die/Der Bürgermeister*in beruft durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung die Einwohner*innenversammlung ein.
- (5) Alle Einwohner*innen haben in der Einwohnerversammlung Rederecht. Über die Einwohner*innenversammlung ist durch die Verwaltung eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist von der/dem Sitzungsleiter*in und der/dem Bürgermeister*in zu unterzeichnen und den Mitgliedern der Gemeindevertretung zuzuleiten.

§ 5 Einwohner*innenbefragung

(§ 4 Abs. 1 Nr. 3 der Hauptsatzung)

- (1) Die Gemeindevertretung kann in ~~wichtigen~~ Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eine Befragung der Einwohner*innen des gesamten Gemeindegebietes oder einzelner Orts- bzw. Gemeindeteile beschließen.

- (2) Teilnahmeberechtigt sind, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, alle Einwohner*innen der Gemeinde Am Mellensee.
- (3) Die Fragen sind so zu stellen, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können. Zulässig ist auch die Auswahl zwischen unterschiedlichen vorzugebenden Varianten.
- (4) Die konkrete Fragestellung, Zeit und Ort sowie das nähere Verfahren der Befragung werden durch die Gemeindevertretung jeweils durch gesonderten Beschluss (Durchführungsbeschluss) bestimmt und in der in § 13 der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 20.04.2021 bestimmten Form öffentlich bekannt gemacht. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes und der Brandenburgischen Kommunalwahlverordnung in der jeweils aktuellen Fassung entsprechend, soweit nicht diese Satzung oder der Durchführungsbeschluss ausdrücklich abweichende Regelungen festlegen.
- (5) Die Leitung der Vorbereitung und Durchführung der Befragung sowie die Feststellung und öffentliche Bekanntgabe des Ergebnisses obliegt der/dem Wahlleiter*in der Gemeinde Am Mellensee.

§ 6 Einwohner*innenunterrichtung

- (1) Die/Der Bürgermeister*in unterrichtet die Einwohner*innen der Gemeinde Am Mellensee im Rahmen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung, unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des Bürgermeisters“ über **wichtige aktuelle** Angelegenheiten der Gemeinde.
- (2) Jede/Jeder Einwohner*in hat das Recht, den schriftlichen Wortlaut der Drucksachen für die in der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses sowie der Fachausschüsse zu behandelnden Tagesordnungspunkte während der regulären Öffnungszeiten im Verwaltungsgebäude der Gemeinde Am Mellensee, Zossener Straße 21c (Ortsteil Klausdorf) vom Tag der öffentlichen Bekanntmachung der Tagesordnung bis zum Tag der betreffenden Sitzung einzusehen.

§ 7 Petitionen

(§ 16 BbgKVerf)

- (1) Jede/Jeder Einwohner*in hat das Recht sich in Angelegenheiten der Gemeinde mit Vorschlägen, Hinweisen oder Beschwerden einzeln oder gemeinschaftlich an die Gemeindevertretung oder die/den Bürgermeister*in zu wenden. Die/Der Einreicher*in ist innerhalb von vier Wochen über die Stellungnahme zu den Vorschlägen, Hinweisen oder Beschwerden zu unterrichten. Ist dies nicht möglich, erhält sie/er einen Zwischenbescheid.
- (2) Petitionen an die Gemeindevertretung sind an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu richten. Der Vorsitzende unterrichtet die/den Bürgermeister*in über die eingegangene Petition. Liegt die inhaltliche Zuständigkeit bei der/dem Bürgermeister*in, hat die/der Vorsitzende ihr/ihm die Petition unverzüglich zur weiteren Bearbeitung zuzuleiten. Liegt die inhaltliche Zuständigkeit bei der Gemeindevertretung, bereitet der Hauptausschuss den Entscheidungsvorschlag für die Gemeindevertretung vor.

- (3) An die/den Bürgermeister*in gerichtete Petitionen werden von der/dem Bürgermeister*in bearbeitet. Sie/Er informiert die Gemeindevertretung in geeigneter Weise über den Eingang von Petitionen und veranlasst deren Bearbeitung. Die/Der Bürgermeister*in gibt der Gemeindevertretung die ergangenen Bescheide zur Kenntnis.

II. Kinder- und Jugendbeteiligung

§ 8 Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Am Mellensee

Der Begriff „Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Am Mellensee“ umfasst alle Kinder und Jugendlichen, die Einwohner*innen der Gemeinde sind und/oder ihren schulischen oder anderweitigen Ausbildungsaufenthalt hauptsächlich in der Gemeinde und das 18 Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

§ 9 Mitwirkung von Kindern- und Jugendlichen

(§ 4 Abs. 2 der Hauptsatzung)

- (1) Die Kinder und Jugendlichen sind zu Beginn eines Vorhabens, welches die Belange von Kindern und Jugendlichen berührt, in die Planung und Durchführung auf altersgerechter Weise mit einzubeziehen. Die Transparenz von Vorhaben ist zu gewährleisten und die Beteiligung in geeigneter Weise zu vermerken.
- (2) Die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erfolgt auf der Grundlage des Beteiligungskonzept gemäß § 10 Abs. 2. als Information, Dialog, Mitbestimmung oder Selbstorganisation.
- (3) Zulässige Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Gemeinde Am Mellensee sind:
- a. Erwachsenenzentrierte bzw. stellvertretende Formen
 - b. Aushandlung und Alltagsbeteiligung
 - c. Kinder- und Jugendvertretungen, Gremien und Versammlungsformen
 - d. Projektorientierte Ansätze
 - e. Digitale Beteiligungsformen.
- (4) Die Gemeindevertretung entscheidet in Abstimmung mit der/dem Kinder- und Jugendbeauftragten und unter Berücksichtigung des Beteiligungskonzeptes, des betroffenen Personenkreises, des Beteiligungsgegenstandes und der mit der Beteiligung verfolgten Ziele, welche der geschaffenen Formen im Einzelfall zur Anwendung gelangt.
- (5) Bundes- und landesrechtliche Regelungen bleiben unberührt.

§ 10 Aufgaben der/des Kinder- und Jugendbeauftragten (§

5 der Hauptsatzung i.V.m. § 9 Abs. 3 Buchstabe a)

- (1) Kinder- und Jugendbeauftragte sind Ansprechpartner*in für die Belange der Kinder und Jugendlichen der Gemeinde. Sollten mehrere Kinder- und Jugendbeauftragte benannt worden sein, so gelten die folgenden Absätze für alle gewählten Personen.
- (2) Sie/Er informiert und berät zu den Bedürfnissen junger Menschen und zu Fragen der Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. Anliegen, die nicht innerhalb der Entscheidungskompetenz der jeweiligen Kinder- und Jugendeinrichtungen, Vereinen und sonstigen Struktur liegen, sind über den Kinder- und Jugendbeauftragten an die Gemeinde heranzutragen.
- (3) Gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen der Gemeinde erarbeitet sie/er ein kommunales, stetig der Evaluierung unterliegendes Beteiligungskonzept, setzt sich für die Umsetzung ein und sorgt so dafür, dass Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Am Mellensee Verantwortung übernehmen können.
- (4) Über sie/ihn werden die Belange der Kinder und Jugendlichen in der Gemeindevertretung präsent (§ 9 Abs.3 Buchstabe a), soweit das Beteiligungskonzept nichts anderes vorsieht.
- (5) Die/Der Kinder- und Jugendbeauftragte sorgt für mehr Transparenz und Verständnis der Entscheidungen der Gemeindevertretung bei den jungen Einwohner*innen. Unter ihrer/seiner Leitung soll daher mindestens pro Kalenderjahr eine Kinder oder eine Jugend-Informationsversammlung durchgeführt werden, zu der die Kinder bzw. Jugendlichen der Gemeinde Am Mellensee in geeigneter Weise einzuladen sind.
- (6) Die/Der Kinder- und Jugendbeauftragte unterstützt den kontinuierlichen Kontakt der Gemeinde zur Kinder- und Jugendarbeit, zu den Vertreter*innen der Kinder- und Jugendarbeit und zu den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie/Er fördert die Zusammenarbeit von Personen, Gruppen und Initiativen, die für Kinder und Jugendliche tätig sind.
- (7) Sie/Er entwickelt, fördert und unterstützt eine gut ausgebaute Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit und trägt zu notwendigen und sinnvollen Angeboten für Kinder und Jugendliche bei.
- (8) Die/Der Kinder- und Jugendbeauftragte bedient sich zur Erledigung seiner Aufgaben der Verwaltung der Gemeinde Am Mellensee.

§ 11 Inkrafttreten

- (1) Die Einwohner*innenbeteiligungssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Sollten einzelne Regelungen dieser Einwohner*innenbeteiligungssatzung nichtig oder unwirksam sein, soll dies die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berühren.